

## Newsletter 1/2021

Liebe Attac-Mitglieder und -Interessierte in Hamburg und Umgebung,

wir möchten euch auf vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen in den nächsten Wochen hinweisen sowie über Vergangenes und längerfristige Projekte informieren.

### **Neue Arbeitsgruppe (AG) bei Attac Hamburg**

Die AG Gesundheit befasst sich einerseits mit der Corona-Pandemie, ihren Begleiterscheinungen und kritisch mit den getroffenen Maßnahmen zu dieser Pandemie sowie andererseits mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen für Gesundheit, dem Zustand des Gesundheitswesens und notwendigen Veränderungen. Sie will zum Aufbau einer Bewegung beitragen, die sich sowohl sehr kritisch mit den Regierungsmaßnahmen und den – zumeist einseitigen – Medienberichten zur Corona-Pandemie beschäftigt als auch die Vereinnahmung von Einzelkritiken und von Nöten durch rechtsextreme Gruppen argumentativ zurückweist. Die Grundlage bilden die folgenden Aussagen.

1. „Die Konferenz bekräftigt mit Nachdruck, dass Gesundheit, die der Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen ist, ein grundlegendes Menschenrecht darstellt und dass das Erreichen eines möglichst guten Gesundheitszustands ein äußerst wichtiges weltweites soziales Ziel ist, dessen Verwirklichung Anstrengungen nicht nur der Gesundheitspolitik, sondern auch vieler anderer sozialer und ökonomischer Bereiche erfordert.“ ([Erklärung der Weltgesundheitsorganisation von 1978](#))

2. „So wichtig eine wirksame Prävention und Therapie von COVID-19 auch sind, rein medizinische und technologische Ansätze greifen zu kurz. Denn der Corona-Ausbruch ist zwar eine neue Herausforderung, zugleich aber auch Ausdruck einer lang bestehenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise. Eine erfolversprechende Abschätzung und Bekämpfung der komplexen Folgen der Pandemie erfordert daher ein interdisziplinäres Vorgehen, das neben biomedizinischen vor allem politische, psychologische, ökonomische, gesellschafts- und gesundheitswissenschaftliche sowie entwicklungspolitische Aspekte umfassen muss.“ ([Über Corona hinausdenken](#) – Deutsche Plattform für globale Gesundheit)

### **Beteiligungen**

**In Hamburg:** Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, Zusammenarbeit mit Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg: Krankenhaus Groß-Sand bleibt!

**Bundesweit:** Zusammenarbeit und Austausch innerhalb von Attac Deutschland, Beteiligung an Projekten des Vereins Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB): Krankenhausschließungen stoppen, Bündnis Klinikrettung

### **Treffen**

Statt persönlicher Treffen finden bis auf Weiteres Video-/Telefonkonferenzen statt: am ersten und vierten Donnerstag jedes Monats ab 20 Uhr. Interessierte melden sich bitte per E-Mail an [hamburg@attac.de](mailto:hamburg@attac.de).

\*\*\*\*\*

## **Den Rüstungsetat senken! Soziale und ökologische Probleme lösen!**

Am 5. Dezember 2020 fand auf dem Hamburger Rathausmarkt im Rahmen eines bundesweiten dezentralen Aktionstags der Friedensbewegung eine Kundgebung statt. Attac Hamburg war dabei. Weitere Informationen sind dem [Rundbrief 9-20](#) des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung zu entnehmen. Außerdem wurden einige [Fotos](#) gemacht und ein [Videofilm](#) wurde gedreht.

\*\*\*\*\*

## **Solidarität mit den Rondenbarg-Angeklagten**

Zum Prozessauftakt fand am 5. Dezember 2020 eine [Demonstration](#) statt, an der über 3000 Personen teilnahmen. Am 7. Januar 2021 wurde bekannt, dass die nächsten Prozesstermine wegen der Corona-Beschränkungen ausfallen. Die Verhandlung wird vermutlich frühestens am 10. Februar 2021 fortgesetzt. Weitere Informationen sind auf folgenden Websites zu finden: [Gemeinschaftlicher Widerstand](#) und [Rote Hilfe](#).

\*\*\*\*\*

## **Zur Lage der Geflüchteten in Griechenland**

Ein Beitrag unserer Aktivistin Angela

Mein Bericht bezieht sich auf die Situation der Geflüchteten auf Lesbos und in Athen. Die Situation in den weiteren Lagern auf Samos, Chios und Leros ist ähnlich katastrophal. Der Nachrichtenwert von Moria 2 liegt bei null. Menschliches Leid ist nur nachrichtenwürdig, wenn es einen großen Zwischenfall gibt (Ausbruch des Feuers in Moria 1).

Nach dem Brand des alten Lagers Moria 1 lebten 12.000 Menschen auf der Straße. Mitglieder von NGOs wurden daran gehindert, die Menschen zu versorgen. Bei einer Protestdemonstration der Geflüchteten („Wir wollen Freiheit“) ging die Polizei mit Tränengas gegen die Geflüchteten vor. Die Menschen wurden gezwungen, in das neue Lager Moria 2 zu ziehen, indem

man ihnen sagte, sonst würde ihr Asylantrag nicht bearbeitet. Ungefähr 7.000 Menschen gingen so in das neue Lager. Das neue Lager wurde in aller Eile aufgebaut und gilt als Provisorium. Der Mietvertrag gilt aber bis 2025, dies lässt Zweifel an dieser Behauptung aufkommen.

[Weiterlesen](#)

## **Zur Lage der Geflüchteten in Hamburg**

### **ZEA Rahlstedt schließen - Hotels öffnen - Wohnungen für Alle!**

Am 3. Januar 2021 fand vor der Zentralen Erstaufnahme im Bargkoppelstieg 14 eine Kundgebung gegen die Art der Unterbringung von Geflüchteten statt, zu der der [Flüchtlingsrat Hamburg](#) aufgerufen hatte. Die Proteste werden am ersten Sonntag jedes Monats fortgesetzt.

[Bilder von der Kundgebung](#)

\*\*\*\*\*

### **Hört auf die Beschäftigten!**

Im Dezember 2020 haben Beschäftigte der Hamburger Krankenhäuser in einer Pressekonferenz Missstände und Problemlagen angesprochen, mit denen sie tagtäglich in ihrer Arbeit konfrontiert sind. Die Vorwürfe wurden sowohl von der Sozialbehörde als auch von Asklepios pauschal zurückgewiesen und einzelne Beschäftigte wurden der Lüge bezichtigt. Das Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus hat sich mit einem Appell an den Hamburger Senat und die Klinikbetreiber gewandt und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern gefordert: [Hört auf die Beschäftigten!](#) Attac Hamburg ist Mitglied des Bündnisses und unterstützt den Appell.

Romana Knezevic, Pflegerin und Aktivistin der Hamburger Krankenhausbewegung, hat am 17. Dezember 2020 im [Hamburg Journal](#) insbesondere über die Arbeitsbedingungen im Asklepios-Krankenhaus St. Georg gesprochen. Daraufhin wurde ihr von Asklepios wegen angeblicher „Falschinformationen“ gekündigt: [Asklepios kündigt Pflegerin - Kritik aus der Zivilgesellschaft.](#)

[Weitere Informationen](#)

\*\*\*\*\*

### **Gesundheit!**

Am 19. November 2020 trat das Dritte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite in Kraft. Laut [Bundesgesundheitsministerium](#) soll es für „[k]lare Entscheidungsgrundlagen bei der

Pandemiebekämpfung, zielgenaue Hilfen für Krankenhäuser, mehr Schutz für Risikogruppen und eine bessere Unterstützung [sic] erwerbstätiger Eltern“ sorgen. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft hat eine Stellungnahme zum Gesetzesentwurf verfasst. Attac Hamburg begrüßt die Stellungnahme: [Drittes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite](#).

### **Impfungen gegen Covid-19**

Nun ist nicht nur ein Impfstoff, sondern sind mehrere Impfstoffe gegen Covid-19 da. In Deutschland ist bisher einer zugelassen, die Impfungen haben bekanntlich begonnen. Welche Informationen gibt es eigentlich über die Impfstoffe, ihre Sicherheit und Wirksamkeit, die Verträge mit den Herstellerfirmen, Haftungsfragen und Ähnliches? Wenig bis gar keine. Die AG Gesundheit hat verschiedene Fragen rund um das Thema Impfstoffe zusammengestellt und per Brief unter anderem an die Hamburger Gesundheitssenatorin Melanie Leonhard geschickt. Der Wortlaut des Briefs befindet sich auf der Website von Attac Hamburg: [Impfstoffe gegen Covid-19: Aufklärung erwünscht](#). In diesem Zusammenhang sei auf einige Artikel über die Aktivitäten und die Macht der Pharmaindustrie hingewiesen, die in [Sand im Getriebe 138](#) enthalten sind.

### **Freiwilligkeit**

Auf der Website des Bundesgesundheitsministeriums ist unter [Fragen und Antworten zur COVID-19-Impfung](#) unter anderem Folgendes zu lesen:

#### **„Müssen sich alle impfen lassen?“**

Nein. Die Impfung gegen das Coronavirus ist freiwillig.“

Wer einen Blick in das [Infektionsschutzgesetz](#) wirft, in dem unter anderem Entschädigungen für Verdienstaussfall geregelt werden, kommt zu einem anderen Schluss. In § 56 Absatz 1 Satz 1 und 2 heißt es zunächst, dass eine Entschädigung erhält, wem die Ausübung seiner Erwerbstätigkeit verboten oder aus anderen Gründen nicht möglich ist. Allerdings enthält der darauffolgende Satz sogleich das Gegenteil: „Eine Entschädigung nach den Sätzen 1 und 2 erhält nicht, wer durch Inanspruchnahme einer Schutzimpfung oder anderen Maßnahme der spezifischen Prophylaxe, die gesetzlich vorgeschrieben ist oder im Bereich des gewöhnlichen Aufenthaltsorts des Betroffenen öffentlich empfohlen wurde, oder durch Nichtantritt einer vermeidbaren Reise in ein bereits zum Zeitpunkt der Abreise eingestuftes Risikogebiet ein Verbot in der Ausübung seiner bisherigen Tätigkeit oder eine Absonderung hätte vermeiden können.“

Wer sich aus welchen Gründen auch immer nicht impfen lassen möchte, verzichtet also „freiwillig“ und ersatzlos auf Lohn für mindestens zehn Tage. Allen, die sich das nicht leisten können, bleibt nichts anderes übrig, als sich impfen zu lassen. Das ist eine Impfpflicht durch die Hintertür und der Satz von der Freiwilligkeit der Impfung ist eine verlogene Propaganda der Bundesregierung, zumal auch in einer Broschüre des Bundesgesundheitsministeriums von einem Wegfall der Entschädigung nichts zu finden ist: [Ansprüche auf Ersatz des Verdienstaussfalls für Arbeitnehmer und Selbständige](#). Dort heißt es nur: „Eine Entschädigung für Verdienstaussfall wird nach § 56 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) gewährt, wenn eine Person als Ausscheider, Ansteckungsverdächtiger, Krankheitsverdächtiger oder als sonstiger Träger von Krankheitserregern einem Tätigkeitsverbot oder einer Absonderung unterworfen wird.“

Wann es keine Entschädigung gibt, wird nicht beschrieben. Das gibt ein böses Erwachen, wenn die ersten Bescheide herauskommen! Jemand, der sich zufällig in einem Hotspot befindet, nichtsahnend in Quarantäne geht und nicht zur Impfung gegangen ist, erhält für diese Zeit nichts, gar nichts! Ob der auszahlende Arbeitgeber danach fragen muss, ist nicht geregelt. Allerdings kann die auszahlende Behörde nachfragen, ob die Anspruchsvoraussetzungen gegeben sind.

\*\*\*\*\*

## **„Schuldenbremse streichen!“: Hamburger Verfassungsgericht stoppt Volksbegehren**

Wie schon im Newsletter 5/2020 mitgeteilt wurde, hatte der Senat beim Hamburger Verfassungsgericht beantragt, das Volksbegehren zu untersagen, weil es „verfassungsrechtlich unzulässig“ sei. In seinem [Urteil vom 4. Dezember 2020](#) entschied das Verfassungsgericht: **„Es wird festgestellt, dass das am 25. März 2020 beantragte Volksbegehren für ein ‚Gesetz zur Streichung der Schuldenbremse aus der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg‘ nicht durchzuführen ist.“**

Das Urteil wird von der Gruppe International solidarisch – Schluss mit Austerität, der Initiatorin der Volksinitiative, wie folgt kommentiert:

„Der Hamburgische Senat hat den Volksentscheid ‚Schuldenbremse streichen!‘, nach dem erfolgreichen Zustandekommen der Volksinitiative mit 13.400 Unterschriften, gestoppt. Als Gründe werden angeführt, dass die Grenzen für ein Volksbegehren nicht gewahrt würden, weil der Beschluss über Rahmenbedingungen der Haushaltsaufstellung allein der Bürgerschaft obliege, und dass die Gesetzesvorlage vom Volksentscheid mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Hier wird der Widerspruch in sich deutlich: Einerseits sind Haushaltspläne, ihre Aufstellung und diese betreffende Rahmenseetzungen besonders schützenswertes Hoheitsrecht der Parlamente. Andererseits schreibt die ‚Schuldenbremse‘ im Grundgesetz enge Grenzen genau dieser Gestaltungsmöglichkeiten vor, weil sie Einnahmen durch Kreditaufnahme verbietet. Diese verordnete Alternativlosigkeit aufzubrechen für eine soziale, solidarische und volkswirtschaftlich sinnvolle Politikwende ist Sinn und Zweck des Volksentscheids ‚Schuldenbremse streichen!‘ – insofern ist das Urteil gegen den Volksentscheid nur eine Bestätigung dessen Inhalts. Die ‚Schuldenbremse‘ in ihrer dauerhaften Einschränkung von Sozialstaatlichkeit, Demokratie und hoheitlichem Budgetrecht in Frage zu stellen, hat sich das Gericht jedoch nicht getraut. Es wird daran auch deutlich, dass der Konflikt darum, ob Politik fortgesetzt zum Wohle der Banken und Finanzinvestoren oder endlich im Sinne der 99% gemacht wird, wesentlich und jetzt erst recht politisch zu entscheiden ist.

Dafür ist zumindest hilfreich, dass das Gericht den Einwand des Hamburgischen Senats klar zurückgewiesen hat, der Volksentscheid wolle die Menschen hinters Licht führen, weil eine Streichung der Schuldenbremse aus der Landesverfassung nichts ändern würde. Die Streichung ändere allemal etwas, schon allein, weil die ‚erzieherischen Zwecke‘ (Selbstauskunft!) hinter der Verankerung der Schuldenbremse auf

Verfassungsebene – wozu die Bürgerschaft nicht verpflichtet ist – durch  
Anspruchsweiterung für mehr investive, solidarische Sozialstaatstätigkeit ersetzt worden  
wären, was das Gericht jedenfalls als legitime Absicht des Volksentscheids anerkannt  
hat.

Der Beschluss des Landesverfassungsgerichts ist dennoch ärgerlich, weil sich immer  
mehr abzeichnet, dass gerade in der aktuellen Lage, in der öffentliche Investitionen in  
Gesundheit, Bildung, Kultur und Umwelt immer notwendiger werden, das Bewusstsein  
für das Erfordernis, der neoliberalen Schuldenbremsen-Politik ein Ende zu bereiten, in  
der Bevölkerung rasant wächst. Gerade deshalb ist die Auseinandersetzung damit für  
uns jedoch nicht beendet, sondern geht nun erst richtig los. Wir laden Euch daher umso  
mehr ein, mit uns in diesem Sinne aktiv zu sein.“

Attac Hamburg teilt diese Einschätzung.

### **Dokumentation der Veranstaltung „Schuldenschnitt jetzt! Von illegitimen Schulden und unglaublichen Gläubigern“**

Mit Mats Lucia Bayer und Olivier Bonfond, Aktivisten von CADTM – Komitee zur  
Annullierung illegitimer Schulden

Die Veranstaltung fand am 7. November 2020 statt.

\*\*\*\*\*

**Mittwoch, 20. Januar 2021**

**Keine Profite mit Boden & Miete**

**Ratschlag über die Wohnungssituation in Hamburg und zu den  
Perspektiven der Weiterarbeit**

#### **Einladung**

Liebe Engagierte in der Wohnungsfrage in Hamburg,

wir möchten euch zu einem „großen Ratschlag“ über die Wohnungssituation  
in Hamburg und zu den Perspektiven der Weiterarbeit einladen. Wo stehen  
wir? Wie soll es weitergehen?

Wir haben mit den beiden Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden und  
Miete“ die erste Stufe erfolgreich abgeschlossen. Sowohl die Initiative  
„Boden und Wohnungen behalten. Hamburg sozial gestalten“, als auch die  
Initiative „Neubaumieten auf städtischem Grund. Für immer günstig“ haben  
mit über 14.000 Unterschriften, gesammelt unter schwierigen Umständen,  
einen eindrucksvollen Erfolg erzielt. Allen, die dazu beigetragen haben, sei  
hier noch einmal ausdrücklich gedankt!

Der nächste Schritt in der Hamburger Volksgesetzgebung ist das Volksbegehren. Dies wird erheblich schwieriger, weil wir innerhalb von nur drei Wochen ca. 65.000 Unterschriften sammeln müssen. Wir fordern, dass die Stadt keine Grundstücke und Wohnungen mehr verkauft (Grundstücke ggf. in Erbpacht) und auf städtischem Grund nur noch dauerhaft günstige Wohnungen gebaut werden. Wenn Volksbegehren und Volksentscheid erfolgreich sind, bedeutet dies eine grundlegende Neuausrichtung der Hamburger Wohnungspolitik.

[Weiterlesen](#)

Zeit: 18 bis 21 Uhr

Es ist noch unsicher, ob es eine Versammlung oder eine Videokonferenz geben wird. Bitte die Ankündigungen auf der Website von Attac Hamburg beachten.

Anmeldung bitte bis 10. Januar 2021 an <mailto:info@keineprofitemitbodenundmiete.de>.

\*\*\*\*\*

**Dienstag, 26. Januar 2021**

**Mut zu Zwischentönen?!**

**Überzogene Corona-Berichterstattung statt kritischer Aufklärung? Corona und die Rolle der Medien**

Onlineveranstaltung mit Prof. Dr. Frank Überall, freier Journalist, Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Vereins, Ulrike Winkelmann, taz, Christian Teevs, Der Spiegel, Matthias Iken, Hamburger Abendblatt

Moderation: Dr. Nora Steen, Leiterin des Christian Jensen Kollegs in Breklum

Als **Faktenchecker** wird Jens Berger von den NachDenkSeiten dabei sein.

Seit März 2020 beschäftigt die Corona-Krise unsere Gesellschaft als DAS Großthema.

In einer Demokratie ist gerade in einer solchen Situation die Rolle der „vierten Gewalt“, der Medien, von besonderer Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund sollen bei der Veranstaltung die folgenden Fragen bearbeitet werden:

Ist die Dauerinformation über die Corona-Zahlen und über die Mitteilungen von Regierung und Robert-Koch-Institut dazu der Bedrohungslage angemessen? Haben es Teile der Medien versäumt, häufiger genauer nachzufragen und Informationen zu überprüfen? Sind andere zentrale Themen wie zum Beispiel die Klimakrise in der Berichterstattung während der Corona-Krise in unangemessener Form in den Hintergrund getreten? Sind Teile der Medien zu nah an und ohne kritische Distanz zu der „offiziellen“ Politik? Sind Kritiker\*innen zu selten zu Wort gekommen? Wie zuträglich



ist es einer offenen politischen Diskussion, wenn Kritiker\*innen auch in den Medien ohne Differenzierung pauschal als Covidiot\*innen, Verschwörungstheoretiker\*innen oder Corona-Leugner\*innen gebrandmarkt werden? Hätten die Medien eine sachliche und faktenbezogene, aber auch kontroverse Debatte der verschiedenen, auch wissenschaftlichen Positionen organisieren müssen? Sollten die Medien zu einer kritischen Aufarbeitung des Umgangs mit der Krise beitragen, auch um auf eventuell folgende Krisen ähnlicher Art besser vorbereitet zu sein, oder ist es in einer Krisensituation richtig, dass die Medien überwiegend die „offiziellen“ Positionen transportieren und kritische Stimmen eher nicht prominent zu Wort kommen lassen?

Beginn: 19 Uhr

Die Zugangsdaten werden rechtzeitig auf der Website von Attac Hamburg bekannt gegeben.

Eine Veranstaltung von Attac Hamburg in Kooperation mit Gemeinwohl-Ökonomie Hamburg und dem Umwelthaus am Schüberg

**Hinweis:** Die Veranstalter betonen ausdrücklich, dass sie eine kritische Debatte über die genannten Fragen für dringend notwendig halten. Dies muss jedoch in einer rein sachbezogenen Form durch die demokratischen Kräfte erfolgen. Von rechten und rechtsoffenen Positionen und Institutionen grenzen sich die Veranstalter ausdrücklich ab.

\*\*\*\*\*

**Samstag, 16. Januar 2021**

**Wir haben Agrarindustrie satt! Demonstration in Berlin**

Beginn: 12 Uhr

Ort: Kanzleramt, Berlin

Dieses Jahr ist der Protest wegen der Pandemie regional begrenzt, teilnehmen sollen nur Menschen aus Berlin und Brandenburg. Diejenigen, die eine weite Anreise hätten, sollen bitte zu Hause bleiben und mit der [Aktion Fußabdruck](#) den Protest in Berlin unterstützen!

**Aus dem [Aufruf](#)**

**AGRARINDUSTRIE ABWÄHLEN!**

**Für eine bäuerlich-ökologischeren Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung, für Klimagerechtigkeit und globale Solidarität!**

Eine gescheiterte EU-Agrarreform, Bankrotterklärungen in der Klimakrise und ein fatales Abkommen mit den Mercosur-Staaten – diese Agrarpolitik muss abgewählt werden! Das Landwirtschaftsministerium und die Bundesregierung hofieren die Agrarindustrie und schieben den Umbau der Landwirtschaft weiter auf. [...]



## **VOM ACKER BIS ZUM TELLER - AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWENDE JETZT!**

Corona zeigt uns noch deutlicher, wie wichtig eine bäuerliche, nachhaltige Landwirtschaft und das regionale Lebensmittelhandwerk sind. Mit tagtäglicher harter Arbeit sichern sie unsere Ernährungssouveränität. Die Pandemie veranschaulicht aber auch die Probleme: Am Beispiel Tönnies sehen wir, wie die Industrie gewaltige Profite auf Kosten von Menschen, Tieren und Natur einfährt. Das macht uns sauer!

### **SCHLUSS MIT DER BLOCKADEHALTUNG IM AGRARMINISTERIUM!**

Seit 15 Jahren macht das unionsgeführte Landwirtschaftsministerium knallharte Klientelpolitik für die Industrie. Das treibt zehntausende Höfe in den Ruin und lässt die Bäuer\*innen auf den Kosten für den Umbau der Tierhaltung sitzen. Mit dem „Weiter so“ bei den pauschalen Flächensubventionen heizt Agrarministerin Klöckner das Höfesterben, die Klimakrise und das Insektensterben an. Das haben wir satt!

[...]

### **WIR FORDERN:**

- **HÖFESTERBEN BEENDEN - BÄUER\*INNEN BEIM UMBAU DER LANDWIRTSCHAFT UNTERSTÜTZEN!**
- **TIERFABRIKEN STOPPEN - STALLUMBAU FÖRDERN & TIERZAHLEN REDUZIEREN!**
- **KLIMAKRISE BEKÄMPFEN - FLEISCHKONSUM SENKEN & GESUNDE BÖDEN SICHERN!**
- **PESTIZIDAUSSTIEG ANGEHEN & GENTECHNIK STOPPEN - GESUNDHEIT & INSEKTEN SCHÜTZEN!**
- **EU-MERCOSUR-ABKOMMEN IN DIE TONNE - MENSCHENRECHTE STATT FREIHANDELSABKOMMEN!**

Zu der Aktion lädt ein breites Bündnis aus Landwirtschaft und Gesellschaft ein, darunter Attac Deutschland

\*\*\*\*\*

### **Mitmachen bei Attac Hamburg**

Die verschiedenen Treffen von Attac Hamburg können im Januar 2021 nicht stattfinden, aber wir organisieren einzelne Aktionen. Wer sich beteiligen möchte, melde sich unter [hamburg@attac.de](mailto:hamburg@attac.de).

## Veranstaltungen anderer Organisationen

### Filmseminar gegen Austerität der Gruppe International solidarisch - Schluss mit Austerität

**Mittwoch, 13. Januar 2021**

#### **Wer rettet wen? - Reloaded**

Dokumentarfilm, Regie: L. Franke und H. Lorenz, D 2020, 79 Minuten

#### **Einladung**

Die aktuell tiefgreifende gesellschaftliche Krise in all ihren politischen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Facetten ist nicht die unabänderliche Folge eines naturgewaltlich über uns hereingebrochenen, unvorhersehbaren „Virus-Geschehens“, sondern das Ergebnis der jahrzehntelang politisch betriebenen, marktideologischen Aushöhlung aller relevanten staatlichen, öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Immunkräfte. Während Großaktionäre und Firmeneigner von digitalen Multis, Hedge-Fonds, Versicherungskonzernen und Großbanken sich täglich über neue Milliarden auf ihren Offshore-Konten freuen dürfen, soll der übergroße Rest der Bevölkerung sittsam, bescheiden und demütig das traute Heim hüten und vertrauensvoll der Dinge harren, die höhere Entscheidungsträger über uns verfügen. Es sind dieselben Entscheidungsträger, die mit dem austeritätsdogmatisch begründeten Sozialstaatsabbau, der Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge und steuerlichen Begünstigungen für Superreiche wesentlich zu verantworten haben, dass es bis heute keine patentfrei entwickelte Impfstoff- und Medikamentenentwicklung, nicht genügend Krankenhäuser, keine gut ausgestatteten Gesundheitsämter, keine präventiv wirkenden öffentlichen Gesundheitsdienste oder Einrichtungen der Primärversorgung, keine hinreichende Zahl gut entlohnter, qualifizierter Pflege- und Reinigungskräfte in Alten- und Pflegeheimen oder auch nur Lüftungsanlagen in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden gibt.

[...]

Was Not tut, ist eine grundlegende soziale, kulturelle und politische Transformation, die mit massiven staatlichen Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und der Umverteilung des Reichtums zugunsten derer, die ihn täglich erarbeiten und ihn dringend zur Entfaltung eines menschenwürdigen Lebens benötigen.

[Weiterlesen](#)

Ort: Abaton Kino, Allende-Platz 3, 20146 Hamburg

Zeit: 18 bis 22 Uhr

Die Regisseurin und der Regisseur werden anwesend sein

Anmeldung per Mail an [kontakt@schluss-mit-austeritaet.de](mailto:kontakt@schluss-mit-austeritaet.de)

**Mittwoch, 13. Januar 2021**

### **Nelken für die Freiheit**

Spielfilm, Regie: M. de Medeiros, PT 2000 | 123 Minuten, OmU

[Informationen zum Film](#) werden etwa zwei Wochen vor der Veranstaltung zur Verfügung stehen.

\*\*\*\*\*

**Donnerstag, 14. Januar 2021**

### **Vergangene und kommende Kämpfe um Arbeitszeitverkürzungen**

Onlineveranstaltung mit Franziska Wolf (zweite Bevollmächtigte der IG Metall Jena-Saalfeld und Gera), Philipp Collrep (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft), Stephan Krull (ehemaliger Betriebsrat bei Volkswagen, u. a. aktiv in der Attac-AG ArbeitFairTeilen)

Moderation: Alina Klomfass (Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen, Hamburg)

### **Einladung**

Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit, sind so alt wie die Arbeiter\*innenbewegung selbst: Von der internationalen Forderung nach dem 8-Studentag seit Anfang der 1830er Jahre bis zur Auseinandersetzung um die 35-Stundenwoche in den 1980er Jahren. Sie waren dabei immer Teil von gesamtgesellschaftlichen Bewegungen, welche fundamentalere Veränderungen forderten. Gleichzeitig wehrte sich das Kapital aus Angst um seine Profite gegen wohl kaum eine andere Forderung mit mehr Aggressivität als gegen die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Kein Wunder. So schillerte in diesen Kämpfen immer auch ein über den herkömmlichen Arbeitskampf hinausweisendes Potential: Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wirft die grundsätzliche Frage auf, wie wir eigentlich leben wollen und ob die (entfremdete) Lohnarbeit im Zentrum unserer Gesellschaft stehen sollte.

### [Weiterlesen](#)

Anmeldung bis 13. Januar 2021 erbeten per E-Mail an [agf-hh@gmx.de](mailto:agf-hh@gmx.de). Die Zugangsdaten für die Veranstaltung werden am Tag der Veranstaltung an alle Angemeldeten per E-Mail verschickt.

Eine Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen und des Netzwerks Arbeitskämpfe in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg

**Freitag, 22. Januar 2021**

**Frankreich Januar 2021: Was ist los? Wo sind die Gelbwesten?**

## **Einladung**

Wo sind die Gelbwesten? Existieren sie noch? Was hat sich verändert seit den Zeiten der Pandemie in France: Gibt es eine Annäherung zwischen den Gelbwesten und den vielfältigen sozialen Bewegungen im Kampf gegen die sich intensivierende Polizeigewalt und den Übergang der Macronie zu einem autoritären Regime, „in dem die Regierung die Polizei schützen muss gegen ein revoltierendes Volk“ (Innenminister Darmanin)?

### [Weiterlesen](#)

Die Veranstaltung findet online statt. Anmeldung per E-Mail an [anmeldung@rls-hamburg.de](mailto:anmeldung@rls-hamburg.de).

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg in Kooperation mit dem Ortsverein des Fachbereichs Medien, Kunst, Industrie in ver.di Hamburg

\*\*\*\*\*

Mit freundlichen Grüßen

Attac Hamburg

Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg - <https://attac.hamburg> - E-Mail: [hamburg@attac.de](mailto:hamburg@attac.de)

**Hinweis:** Die Mailingliste Attac Hamburg dient ausschließlich der Versendung des Newsletters und weiterer Informationen von Attac Hamburg, ist also nicht für Diskussionen gedacht. Auch Anfragen können dort nicht bearbeitet werden. Nachrichten für Attac Hamburg sind deshalb an die oben genannte E-Mail-Adresse zu schicken.